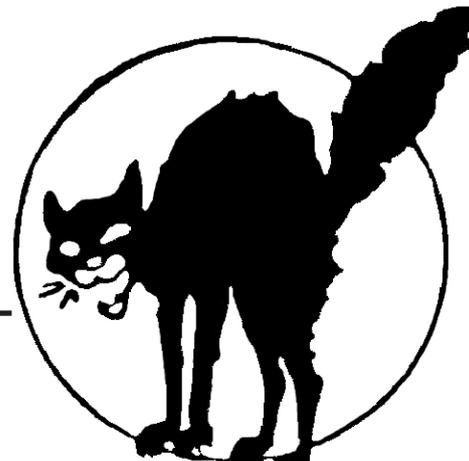


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz



Streik in den Knästen der USA

Seit dem 21. August beteiligen sich in über einem Dutzend Gefängnisse Inhaftierte am grössten Knaststreik der US Geschichte. Ihre 10-Punkte Forderungen betreffen die sklaveähnlichen Arbeitsbedingungen und unmenschlichen Zustände. Der Streik, ausgelöst durch den Tod von sieben Inhaftierten im April dieses Jahres, dauert voraussichtlich noch bis zum 9. September.



Offiziell kostet das Gefängnisssystem der Regierung 80 Milliarden Dollar im Jahr - diese Zahl ist jedoch Augenwischerei. Die Mehrheit der arbeitenden Gefangenen erfüllen Unterhaltsarbeiten in den Gefängnissen. Viele der Knäste quer durchs Land sind eigentlich aber nichts anderes als Fabriken, welche eine Unzahl an Produkten herstellen, die wiederum vor allem an Staatseinrichtungen verkauft werden. Trotz ihrer Arbeit verdienen die Gefangenen - wenn überhaupt, in 8 Staaten kriegen sie überhaupt nichts - einen Hungerlohn: Im Schnitt ca. 60\$ im Monat, wovon sie wiederum den grössten Teil ans Gefängnis zurückgeben müssen für Telefonate, Mitfinanzierung von Medika-

menten, Schreibmaterial, Duschzeug, Haarschneiden, Kleider, Wäsche... Landesweit werden Gefangene als Billigstarbeitskräfte ausgebeutet, was seit 1865 durch die Verfassung erlaubt ist: „Weder Sklaverei noch Zwangsdienstbarkeit darf, außer als Strafe für ein Verbrechen (...) bestehen.“ Zwangsarbeit müsse verboten werden und die Entlohnung dem Mindestlohn angepasst werden. Aber auch andere gängige Praktiken der Gefängnisse und der Gesetzgebung, welche zu der rassistischen Gefängnispolitik beitragen, werden scharf angegriffen (für Zahlen siehe: www.prisonpolicy.org). Auch die Möglichkeiten, nach dem Gefäng-

(weiter auf Seite 2)

September/Oktober 2018

Nr. 54, 10. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Von bezahlten und unbezahlten Praktika 3

Ein Erfahrungsbericht aus der verfaulten Welt der Praktika.

ILO baut auf prekäre Arbeit 4

Wie auf vielen anderen Baustellen bauen prekär angestellte Bauarbeiter_innen bei der ILO.

Abtreibungsrecht bleibt! 5

Das Abtreibungsrecht geht uns alle an - und es ist unter Beschuss von vielen Seiten.

Selbstverwaltete RiMaflow bedroht 7

Mit fadenscheinigen Gründen wird gegen die selbstverwaltete Fabrik vorgegangen.

160 Jahre „Libertär“ 8

Der zweite Teil des Artikels über die Geschichte hinter dem Begriff „libertär“.

Rubriken

Kultur
Rechtliches

Editorial

Der Herbst bricht an und am Anfang des Herbstes ziehen dunkle Wolken auf, die von finsternen Himmelsgestalten begleitet werden. Nein, nicht Krähen vor dem Zug in den Süden, sondern christliche Fundis. Überbleibsel aus nie dagewesenen finsternen Vorzeiten. Die von der heutigen Zeit profitieren, aber trotzdem nicht so alles gut finden und dies in eine „gottesgefällige“ Weise umbauen wollen. Diesen katholischen und protestantischen Finsterlingen müssen wir uns entschieden in den Weg stellen, um Rechte und Normen zu schützen, die für viele schon ganz alltäglich geworden sind oder erst wie ein zartes Pflänzchen den goldigen Herbsthimmel erblickt haben: Das Recht auf Abtreibung, auf sexuelle Selbstbestimmung, darauf mehrere Beziehungen mit- oder nacheinander zu führen, zu küssen wer auch immer geküsst werden will.

Der Angriff auf unsere Leben ist aber nicht bloss Sache der himmlischen Gefolgsschaft, sondern auch derer des schnöden Mammons. Geld über alles, auch über Leichen: Die Doktrin verlangt es. Die grossen Herren haben es gepredigt, also muss es gut sein. Die sogenannten Libertären in den USA sind ein gutes Beispiel dafür, aber ebenso fast jeder Diskurs in Schweizer Medien: Steuern müssen runter, ist gut fürs Geschäft und irgendwann brünzelt es auch zu euch runter und ihr habt was davon. Dass das nicht stimmt, zeigt die steuerversehrte Innerschweiz, wo an allen Ecken und Enden gespart werden muss. Und ein paar wenige Reiche sich ins Fäustchen lachen, denn sie bezahlen weniger Steuern und das kaputtgesparte Schulwesen brauchen sie eh nicht. Und wenn sie Kultur geniessen wollen, können sie das auch selbst bezahlen. Umso besser, dann muss man auch dem Pöbel nicht in die Augen schauen. Gelobet sei der Geist des Mammons

Religion ist schädlich. Wie schrieb vor über hundert Jahren der grosse Polemiker Johann Most? „Unter allen Geisteskrankheiten, welche ‚der Mensch in seinem dunklen Drange‘ sich systematisch in den Schädel impfte, ist die Gottespest die allerscheusslichste.“ In diesem Sinne Amen.

Eure FAUistas

Streik in den Knästen (von Seite 1)

nis ein normales Leben führen zu können, sollen wieder gefördert werden.

Selbstbestimmter Arbeitskampf in Fesseln

Als Streikmittel empfohlen wurden Arbeitsstreiks, Sit-Ins, Boykotte und Hungerstreiks. Diese gewaltfreien Mittel



sollen dazu dienen, die Solidarität zwischen den Inhaftierten zu fördern, wobei jede Gruppe ihre Streikdauer, Mittel, als auch weitere Forderungen selbst festlegte. Sich innerhalb der Gefängnisse zu organisieren ist jedoch schwierig, es gibt kein Anrecht auf Streik oder Kollektivverhandlungen und wer sich an Aktionen beteiligt, hat wenige bis gar keine Mittel um sich gegen (unrechtmässige) Vergeltungsmassnahmen zu wehren. Von der beteiligten Gruppe FAM (Free Alabama Movement) wurde auch deshalb die Notwendigkeit von geschmuggelten Mobiltelefonen unterstrichen, sowohl zur Organisierung als auch zum Filmen von Übergriffen.

Streiken innerhalb der Gefängnismauer zeugt vom Willen der Inhaftierten. Für die Verbesserung ihrer Umstände auch als der von Anderen haben sie nur ein Mittel, nämlich ihren Körper in den Weg zu stellen. Wie bei jedem Streik hofft auch hier die Chefetage auf eine Trennung von Streikenden und der Bevölkerung. Die Rolle, welche Aktivist_innen von ausserhalb des Gefängnisses spielen, ist nicht zu unterschätzen. Um zu verhindern, dass diese Trennung stattfindet, muss Solidarität geschaffen

werden, sonst können Streiks kaum erfolgreich sein und die Streikenden spüren dann die volle Härte der Repression.

Gefängnisleitung versucht zu isolieren

Laut der IWOC (Incarcerated Workers Organizing Committee) wurden Telefonnetze gestört, einige Gefängnisse von der Aussenwelt abgeschnitten und auch grossflächig Repression einge-

setzt (gemäss dem Gefängnisaktivisten Malik Washington). Politische Vergeltung kommt jedoch nicht von einzelnen Aufseher_innen, vielmehr ist sie durch das ganze Gefängnisssystem gefördert und bedingt. Verschiedene Faktoren zählen zu diesen Vergeltungsmassnahmen, so zum Beispiel die gegenseitige Deckung der Aufseher, die sadistische Kultur des Strafvollzugs, den überfüllten Gefängnissen und der Gewinnmaximierung der Gefängnisbetreiber_innen. Die Forderung allein, den Strafvollzug zu ändern, wird jedoch dieses System nicht kippen können, da sich alles gegenseitig bedingt und nur eine vollständige Überarbeitung und Demokratisierung des Rechtssystems diesen Kreislauf durchbrechen könne.

Gemäss der Pressemitteilung der IWOC gilt dieser laufende Streik als beispielloser Erfolg, die Gefangenen in der modernen Zeit zu organisieren. Die gestellten Forderungen seien allesamt wichtig, um die Gewalt zwischen den Inhaftierten zu stoppen und ihnen andere Perspektiven als einen langsamen Tod innerhalb eines Betonkastens zu geben. Die genaue Anzahl sowohl der am Streik beteiligten Inhaftierten als auch



der betroffenen Gefängnisse ist unklar, da viele Knäste eine Mediensperre einrichteten. Auch wurden vor dem Streik in drei Staaten gezielt organisierte Gefangene von den anderen isoliert und gedemütigt. Bestätigt sind bislang Streiks in 10 Staaten.

Weitere Infos

Auf folgenden englischsprachigen Webseiten sind weitere und aktuellere Infos verfügbar:

- www.prisonstrike.com
- www.itsgoingdown.org/prisonstrike
- www.incarceratedworkers.org

kie

Von bezahlten und unbezahlten Praktika

Im Rahmen meines Studiums soll ich ein Praktikum in einem Editionsprojekt oder in einem Archiv absolvieren. Dieser Bericht erzählt davon.

Im Januar 2018 bewarb ich mich für ein solches Praktikum beim Schweizer Literatur Archiv. Beim Vorstellungsgespräch fragte ich, wie es mit Lohn aussehe. In seltsamer Offenheit erklärte die beim SLA für die Praktika Zuständige mit einer gewissen Verlegenheit, dass der Bund „keine Mittel mehr habe, um Praktika zu bezahlen“. (Sparsmassnahmen und so.) Es sei jedoch nicht erlaubt, beim Bund Angestellte unbezahlt zu beschäftigen, weshalb die Praktika nur noch an Personen vergeben würden, welche dafür ECTS-Punkte erhalten. Da riecht was faul im Staate Helvetia.

Auf meine Anfrage beim für die Praktika zuständigen Dozent erhielt ich die Auskunft, die Praktika seien „normale Studienleistungen, deren Wert in ECTS-Punkten abgeglichen“ werde. Ein Lohn sei „in diesem Rahmen wie bei anderen Lehrveranstaltungen nicht vorgesehen.“ Ausserdem schrieb ich eine E-Mail an die Leiterin des SLAs, bei der ich im Frühjahrsemester übrigens eine Veranstaltung besuchte. Ich setzte ihr auseinander, dass ich mich dummerweise in der Lage befände, mir ein unbezahltes Praktikum nicht leisten zu können. Falls es sich wirklich so verhalte, dass das Praktikum beim SLA unbezahlt ist, sähe ich mich gezwungen, dieses in einem Literatur-Archiv der ETH zu absolvieren,



da dort bezahlt wird. Die Leiterin versicherte mir, dass man bisher „für den Studiengang Editionsphilologie gut begleitete und abwechslungsreiche Praktika angeboten“ habe. (Im Nachhinein ist anzumerken, dass das mit dem Abwechslungsreichtum so eine Sache ist.) Auch sie betonte, dass die Praktika mit ECTS „honoriert“ werden. Aus den mir bekannten Gründen könne sie „kein anderes Angebot machen“. Darauf erklärte sie mir jedoch, dass in einem Projekt, in dem ich ohnehin – nota bene unbezahlt – gearbeitet hätte, die Möglichkeit einer Anstellung als Hilfskraft bestehe.

Im Verlauf des Semesters begegnete ich der Verantwortlichen übrigens wieder im Rahmen eines Seminars. Dort stellte sie dann, da sie offenbar aus meinem Vorstellungsgespräch gelernt hatte, von vornherein klar, dass die Praktika am

SLA unbezahlt sind. Sie fügte hinzu, sie habe „kürzlich“ gehört, dass die Praktika an der ETH bezahlt seien. Ich wurde das Gefühl nicht los mit meiner Andeutung für Irritationen gesorgt zu haben – kann es sein, dass das grosse nationale Literaturarchiv in Bern ihre Praktikant_innen nicht bezahlt, während sie an der ETH entlohnt werden?

Beim Vorstellungsgespräch bei den beiden Projektleitern erfuhr ich, dass es sich um eine Anstellung im 50%-Pensum über ein Jahr handele. Seit anfangs Juni arbeite ich dort. Ich wollte jedoch nicht stillschweigen und versuchte weiter der Sache nachzugehen.

weiter auf Seite 4

Vielleicht hilft ja die Rechtsberatung?

Auf eine Anfrage bei der Rechtsberatung der SUB (StudentInnenschaft der Universität Bern) erhielt ich von einem neoliberalen Rechts“berater“ nicht gerade hilfreiche Informationen. Bei einem Praktikum könne von einer nicht ausgebildeten Person „nicht die gleiche Arbeitsleistung gefordert werden“. Bei der Beschäftigung von Praktikant_innen betreibe „der Bund einen Aufwand“. Der Arme. Zudem musste ich mir vom Herrn Rechts“berater“ sagen lassen, dass meine Arbeit „nur einen geringen wirtschaftlichen Nutzen“ bringe, weshalb meine Arbeit ja auch nicht bezahlt werden müsse. Der Gipfel seiner Antwort folgte, er wies nämlich darauf hin, dass Lohnzahlungen an die Praktikant_innen einen „zusätzlichen administrativen Aufwand bedeuten würden“. Ich soll mich also damit belohnt fühlen, dass ich Berufserfahrung sammeln kann. Wenigstens gab er zu, dass die ECTS nicht als Lohn gelten können. Ich bin ein etwas naiver Mensch und glaube manchmal selbst bei neoliberalen Rechts“beratern“ an das Gute im Menschen. Oder vielleicht wollte ich

mich mit seiner Antwort nicht zufrieden geben – jedenfalls schrieb ich ihm noch eine zweite Mail. Ich argumentierte, dass ich durchaus schon Berufserfahrung habe und dass das Argument „Praktikant_innen = ökonomisch vernachlässigbare Arbeitskräfte“ nicht ziehe. Dass ich Berufserfahrung habe konnten die Leute des SLAs auch meinem Lebenslauf entnehmen. Überhaupt ist es so eine Sache mit der Unterscheidung von „unerfahrenen“ Studierenden und Absolvent_innen. Denn das Studium ist keine Berufsausbildung. Die Unterscheidung wird an einer Formalität, am Abschluss nämlich, festgemacht, der als Vorwand dient, Praktikant_innen nicht zu bezahlen. Ich ging zudem darauf ein, dass seine Begründung der Nicht-Entlohnung anders laute als jene des SLAs. Er gab ja selbst zu, dass die ECTS nicht als Lohn behandelt werden können. Das SLA gab jedoch selbst zu, unbezahlte Angestellte nicht beschäftigen zu dürfen. Meine Kritik und Einwände interessierten ihn nicht sonderlich. In seiner zweiten Antwort behauptete er, ein solches unbezahltes Praktikum sei legitim. Mit freundlichen Grüßen verwies er noch auf die Schlichtungsbehörde.

Glaube weder Chefs noch Expert_innen – kenne Deine Rechte

Juni. Ich arbeite schon ein paar Wochen in der bezahlten Stelle als Hilfsassistentin. Die Geschichte beschäftigte mich weiterhin. Als ich meinen Arbeitsvertrag aufgrund einer anderen Sache nochmals anschaute, entdeckte ich einen Link auf die für den Vertrag gültigen Rechtstexte der Uni Bern und auf die kantonalen Personalgesetze. (Sowohl als Praktikant_in als auch als Hilfsassistentin ist man bei der Uni Bern, also beim Kanton angestellt.) Dort unter all den in Juristendeutsch verfassten Texten fand ich einen, der mir viel zu sagen hatte. Der Titel: „Verordnung über das Arbeitsverhältnis von Praktikantinnen und Praktikanten“ kurz „Praktikantenverordnung“ (verfügbar unter: <https://www.belex.sites.be.ch/frontend/versions/1059?locale=de>). Darin ist u.a. der Lohn geregelt, den Praktikant_innen zu erhalten haben, wenn sie beim Kanton angestellt sind. Leeres Wort des Armen Rechte, wenn er einfach alles glaubt, was ihm gesagt wird und nicht nachhakt, ob es denn wirklich stimmt.

phu

ILO baut auf prekäre Arbeit

Am Hauptsitz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird gebaut. Mit Bauarbeitern, die zu miserablen Bedingungen angestellt sind.

Seit Beginn der Arbeiten im April waren immer mehr Temporäre als Festangestellte Maurer_innen auf der Baustelle. Völlig legal klar, aber die Temporären sind viel schlechter dran, als ihre festangestellten Kolleg_innen: Sie erhalten nur den Mindestlohn und müssen unbezahlt zu Hause bleiben, wenn der Chef findet es habe gerade nicht genügend Arbeit.

Widerspruch - Rauswurf

Wer dagegen reklamiert, setzt sich selbst auf die Abschlusliste: Offiziell gibt es eine Kündigungsfrist von zwei Tagen bei jedem Einsatz, aber selbst diese mickrige

Frist wird auf dem Bau von vielen Firmen nicht eingehalten. Und eben: Wer sich versucht zu wehren, fliegt oder bekommt einfach keinen neuen Einsatz mehr. Diese üblen Praktiken sind der Grund wieso wir uns gewerkschaftlich organisieren müssen, denn zusammen sind wir stark und können nicht einfach vor die Türe gestellt werden. Denn auch die Arbeit von Ungelernten muss gemacht werden und Ersatzarbeiter_innen müssen erst eingestellt und eingeführt werden.

ILO - Sozialdemokratie in Reinform

Doch obwohl das Temporärwesen ein schon lange anhaltender Missstand ist, der endlich abgeschafft werden muss, ist dies nur ein Problem. Die ILO ist der „globale Bezugspunkt“ der weltweiten Zentralgewerkschaften, wie der Inter-

nationale Gewerkschaftsbund in seinem Programm von 2006 schreibt. Und die ILO erstellt rechtsverbindliche Konventionen, welche die internationalen Arbeitsstandards voranbringen und festlegen sollen.

Die ILO sagt dazu, dass sie „sofort“ bei der Baufirma Orllati interveniert habe und verlange, dass mindestens drei Viertel der Maurer_innen Festangestellte seien. Aber ein paar Wochen später in der zweiten Augustwoche waren es laut dem Unia-Blatt *work* 12 Festangestellte, aber 15 Temporäre. Worauf ein ILO-Sprecher vermeldete: Das zeige, dass Orllati den Einsatz von Temporären reduziere. Schöne Worte und in der Praxis die grelle Fratze des Neoliberalismus: Das ist Sozialdemokratie in Reinform!

smf

Abtreibungsrecht bleibt!

Am 15. September kommen erneut die christlichen Fundamentalist_innen des „Marsch fürs Läbe“ nach Bern. In der Schweiz wird diese Bewegung der Abtreibungsgegner_innen gerne als unbedeutend angesehen. Angesichts des Rechtsrucks in Europa sollte Abtreibung jedoch als unkämpftes Menschenrecht gesehen werden.

Erst 2001 verabschiedete das schweizer Parlament ein Gesetz zur sogenannten Fristenregelung: 12 Wochen ab der letzten Blutung sind nun in der Schweiz Abtreibungen bzw. Schwangerschaftsabbrüche legal. Es war ein langer und unkämpfter Weg bis dahin.

Mehr als nur „komische Fundis“

Gegen das parlamentarische Gesetz wurde jedoch das Referendum ergriffen. Das Referendum wurde nicht nur von den christlichen Fundamentalist_innen ergriffen, also Menschen, welche seit Jahren sämtliche Schwangerschaftsabbrüche, auch bei Vergewaltigungen und aus medizinischen Gründen, ablehnten. Mit in ihrem frauenfeindlichen Boot war auch die CVP.

„Marsch fürs Läbe“ – nicht nur marginal

So ist auch der „Marsch fürs Läbe“ nicht einfach ein Anti-Abtreibungsmarsch einiger rückwärtsgerichteter Spinner_innen. Neben den fundamentalistischen Freikirchen finden sich ebenso etablierte Parteien und Gruppen darunter. Zwar scheint sich die EVP mittlerweile wieder aus dem Organisationskomitee verabschiedet zu haben, geblieben ist jedoch die rechte EDU, welche die SVP rechts überholen will. Dabei ist auch die Evangelische Allianz, welche von sich selbst sagt, 460 Landes- und Freikirchen, wie auch 600 Millionen Christ_innen weltweit zu umfassen. Die Märsche sind international bestens vernetzt. So bekam die Schweizer Ablegerin letztes Jahr auch „Asyl“ am Berliner Marsch, da die Schweizer Version erfolgreich verhindert worden war.

Auffällig ist auch, dass oftmals nicht Arbeiter_innen ein Abtreibungsverbot voran treiben, sondern sektiererische Kreise aus dem freikirchlichen und landeskirchlichen Milieu. Und meist sind es geistige Anführer – also weisse Männer. So kommen im zehnköpfigen OK des „Marschs fürs Läbe“ gerade mal 2 Frauen auf 8 Männer. Eine „Frauenquote“ von 20% ist schon verdammt gering für ein Thema, welches Frauen am härtesten trifft. Das gleiche Bild bietet sich auch an den Veranstaltungen des „Marsch fürs Läbe“: People of Colour sind dort so schwer zu finden, wie Walter in einem Wuselbild. Und oftmals sind die engagiertesten Mitglieder der Gemeinschaft alte Männer, welche sich

phobie und die Autoritätsgläubigkeit sind immer noch ein christlicher Nachlass der alten religiösen Herrschaften. Teil davon war und ist eben auch die Unterordnung unter das Patriarchat – dies gilt in geringerem Masse auch für die weniger privilegierten Männer. Dass die Fundamentalist_innen Abtreibung und Familienplanung – sprich Selbstbestimmung über den eigenen Körper – ablehnen, schlägt in die gleiche Kerbe wie die islamophobe Kritik am Islam: Erhaltung und Erweiterung der religiösen bzw. nun auch nationalistischen Gemeinschaft. Der Ruf nach mehr „einheimischen“ Kindern eint sowohl Rechtsextreme wie christliche Fundamentalist_innen.



immer noch als von Gott legitimierten Patriarch der Familie ansehen.

Ein christlich beherrschtes Land

Die Kirche in Europa mag zwar einiges an ihrer Vormachtsstellung eingebüsst haben im Vergleich zu früheren Zeiten. Doch das Christ_innentum stellt immer noch und wohl wieder mehr eine Bedrohung für alle libertären und freiheitlichen Bestrebungen der Menschheit dar. Wie liberal, säkular und progressiv sich die Schweiz auch geben mag, steht doch immer noch in der Einleitung der eidgenössischen Verfassung als erstes: „Im Namen Gottes des Allmächtigen!“ Die hohe Stellung der Institution Ehe, die Homo-

Der Kampf um Abtreibungsrechte ist auch Klassenkampf

Abtreibungsrechte wurden nicht einfach geschenkt, sie wurden vor allem auf den Strassen und von der Basis erkämpft. Schon die Anarchistin Emma Goldman kämpfte für Geburtenkontrolle und sah während ihrer Zeit als Krankenschwester das grosse Leid, welches illegale Abtreibungen oder mangelnder Zugang zu Geburtenkontrolle und Informationen zu Familienplanung unter den Arbeiter_innen anrichtete. Denn Abtreibung war und ist immer noch auch eine Klassenfrage: Oftmals sind Familienplanung oder eben

weiter auf Seite 6

Abtreibungsrecht

(von Seite 5)

Schwangerschaftsabbrüche kostspielig und das Wissen über ersteres nur mangelhaft vorhanden. Während sich die Kapitalist_innen sowohl Wissen wie auch Abbrüche sicher erkaufen können, sind in Ländern mit restriktiven Gesetzen erschwingliche illegale Abtreibungen mit massiven Gefahren für Frauen verbunden. Und diese Risiken betreffen eben mehr Frauen aus der Arbeiter_innenklasse, welche in einem dreckigen Schuppen abtreiben lassen müssen, als reiche Frauen, welche sich nach Europa in Privatkliniken einfliegen lassen können. Dass Schwangerschaftsabbrüche in der Schweiz krankenkassenpflichtig sind, ist ein Vorteil. Doch auch dort muss noch der Selbstbehalt bezahlt werden, womit gesunde Menschen in der Schweiz die Abtreibung effektiv selbst bezahlen müssen. Abtreibung bleibt auch in der Schweiz ein ökonomisches Problem und damit eine Klassenfrage und somit die Schlacht darum eben auch Klassenkampf.

Wehret den Anfängen der Reaktionen

Die Geschichte ist nicht linear fortschrittlich heute stehen viele der Errungenschaften der Arbeiter_innenbewegung wieder unter Beschuss. Arbeitsrecht, der 8-Stunden-Tag und eben auch feministische Errungenschaften. 2010 versuchte der spanische Staat, das Abtreibungsrecht einzuschränken, Polen marschiert in Richtung totales Abtreibungsverbot – obschon es bereits eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze in Europa besitzt. In den USA erstarbt auch der Anti-Abtreibungsflügel der herrschenden Republikanischen Partei: Der öffentlichen Familienplanung werden regelmässig Gelder gestrichen, was den Zugang besonders für die Arbeiter_innenklasse nochmals erschwert.

All diese Beispiele sollten uns zeigen, dass die relativ liberale Praxis in der Schweiz nicht als selbstverständlich hingenommen werden sollte, sondern schon jetzt den Konterrevolutionären Kräften entgegengetreten werden sollte. Das Recht auf Abtreibung – und somit das Recht des Menschen über seinen Körper zu verfügen – ist und bleibt ein Kampf für die Selbstbestimmung des Menschen

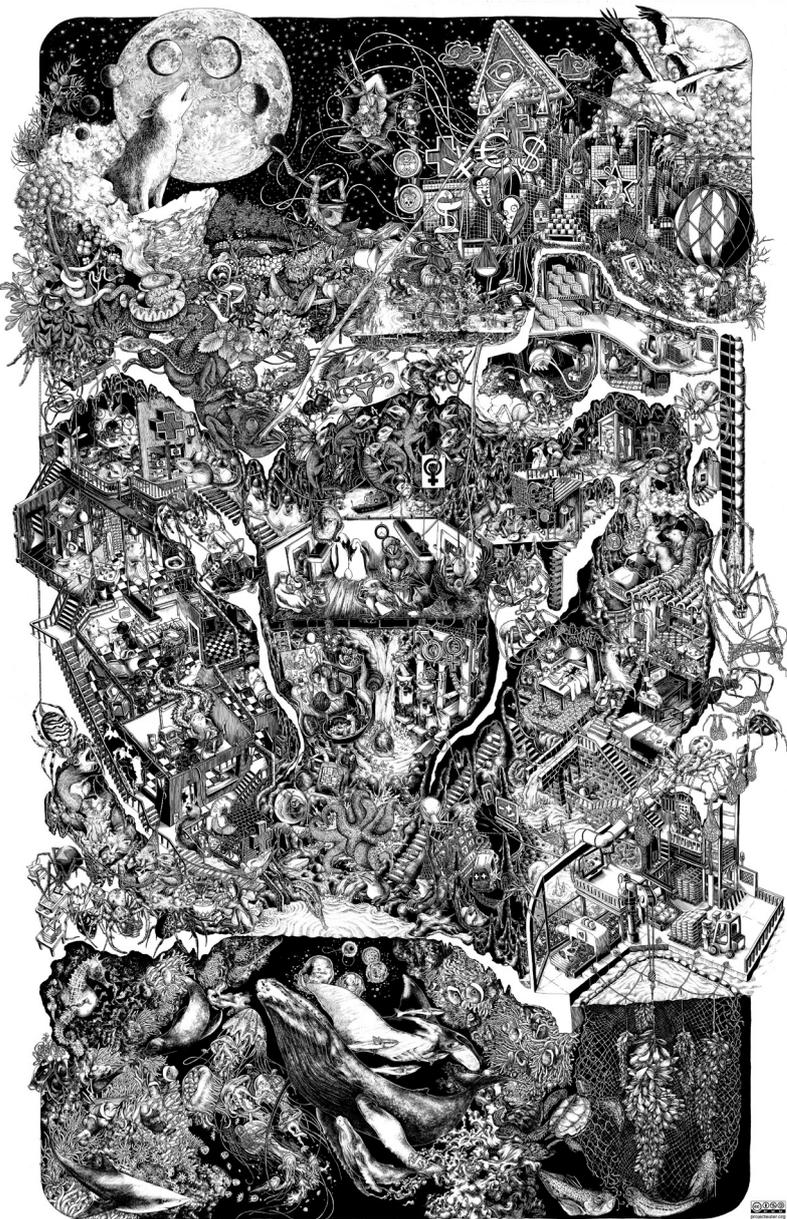
und gegen Kapital, Nationalismus, Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus.

Ein ganzer Monat gegen Fundis

Die Organisator_innen der Gegendemonstration gegen den „Marsch fürs Läbe“ begnügen sich nicht einfach mit einer Gegendemonstration. Ihnen scheint es genau so wichtig, sich für eine Aus-

Weitere Infos

Weitere Infos zum Themenmonat in Bern und Solothurn und der Demonstration finden sich unter:
bernstelltsichqueer.noblogs.org.



Wimmelbild zum Thema Abtreibung (projecteuter.wordpress.com)

weitung des Kampfes einzusetzen. So werden im September im Rahmen des „Queerfeministischen Themenmonats gegen Christlichen Fundamentalismus“ verschiedene Veranstaltungen stattfinden: Filmabende, Radiosendungen, Ausstellungen, Workshops z.B. zu Sexualität, Safer Sex, Polyamorie etc. Damit soll

auch eine Botschaft verbreitet werden: Wir werden uns nicht mit dem Abtreibungsrecht zufrieden geben. Wir kämpfen so lange weiter, bis alle frei sind.

JAB

Selbsterwartete RiMaflow bedroht

Massive Angriffe auf die von Arbeiter_innen selbstverwaltete Fabrik RiMaflow in Milano

Maflow, an der Peripherie von Milano in Trezzano sul Naviglio gelegen, war ein transnationaler Hersteller von Autoteilen. Wegen betrügerischer Insolvenz wurde die Fabrik 2009 geschlossen und alle 330 Arbeiter_innen entlassen. 2010 wurde das Fabrikgelände verkauft, wobei der neue Eigentümer die Produktion nie wieder aufgenommen und das Werk im Dezember 2012 geschlossen hat. In der Umgebung der wirtschaftskräftigen Grossstadt Milano ist die Spekulation mit (vorübergehend) stillgelegten oder sich sogar noch in Betrieb befindlichen Fabriken, respektive den Grundstücken auf denen sie stehen nichts neues. Auch der Kampf um die INNSE ab 2008 drehte sich um dieses Thema.

Besetzung! Widerstand! Produktion!

Im Februar 2013 besetzten ehemalige Maflow-Arbeiter_innen mit prekären Arbeiter*innen und Arbeiter_innen einer geschlossenen Fabrik in der Nachbarschaft das Werk. Die 20 Arbeiter_innen, die in der rekonstruierten Fabrik arbeiteten, haben das Werk komplett neu erfunden. Sie recyceln Computer und elektronische Haushaltsgeräte, haben eine Bar und Cafeteria eröffnet, organisieren einen Flohmarkt, Aktivitäten mit der Gemeinde und haben Allianzen mit Bio-Landwirt_innen geschlossen. Neben verschiedenen produktiven Tätigkeiten im Bereich Recycling und Upcycling, hat RiMaflow auch eine Zitronenlikör- und Magenbitterproduktion, sowie Tomatensossenherstellung etabliert. Die Grundprodukte stammen alle aus biologischer Landwirtschaft.

Fuorimercato

RiMaflow ist ausserdem Ort für verschiedenste soziale und künstlerische Aktivitäten. All das wird aber nicht nur in Bezug auf die RiMaflow gedacht, sondern darüber hinaus. Deswegen ist die Fabrik Teil des Netzwerks Fuorimercato (ausserhalb des Marktes; fuorimercato.com), welches die Arbeiter_innen der RiMaflow zusammen mit SOS Rosarno gegründet haben

und die zum Ziel hat eine Infrastruktur der Produktion und des Verbrauchs ausserhalb des Marktes zu etablieren. Deswegen soll RiMaflow im April 2019 Austragungsort des dritten euromediterranen Treffens für eine Ökonomie der Arbeiter_innen sein. Wie die ehemalige RiMaflow-Mitarbeiterin Mariarosa Missaglia erklärt, wollen sie „zeigen, dass [Produktion] auch ohne Arbeitgeber möglich ist“. Gigi Malabarba ergänzt: „Wir können gewinnen, wenn wir diese Erfahrungen verzehnfachen und verhundertfachen. Wenn die Wirtschaft der Bosse in der Krise steckt, müssen wir eine andere Vorstellung von Wirtschaft entwickeln.“

Fadenscheinige Vorwürfe

In einer komplett durchkommerzialiserten

konzipiert, um gegen die von den Mafie eingerichteten zum Teil extrem umweltschädlichen illegalen Deponien vorgehen zu können und andererseits bezieht sich der Vorwurf auf einen kleinen Upcycling-Bereich der RiMaflow: Im Rahmen der Selbstverwaltung der Arbeiter_innen ergab sich die Möglichkeit mit dem Recycling von Wandtapeten zu experimentieren – eine Tätigkeit, die nur 3,6% des Umsatzes von RiMaflow darstellte und ein Verlustgeschäft war, da sie sich noch in der Experimentier- und Schulungsphase befand. Aufgrund des Vorwurfs wurde das Genossenschaftseigentum beschlagnahmt und die Bankkonten und das EDV-System gewaltsam lahmgelegt, wodurch Löhne, Sozialabgaben und Rechnungen nicht mehr bezahlt werden können. Die RiMaflow benötigt dringend Unter-

IO STO CON
RiMaflow
REDDITO • LAVORO • DIGNITÀ • AUTOGESTIONE
MUTUALISMO • ECOLOGISMO • CONTRO LE MAFIE
www.rimaflow.it info@rimaflow.it

#massimolibero
#rimaflow

Welt in der jeder Staat auf seinem Territorium das Gewaltmonopol hat und dieses einsetzt um das Privateigentum zu schützen und durchzusetzen, kann ein Projekt wie RiMaflow nicht genehm sein. Deswegen wurde und wird auf verschiedenen Ebenen versucht das Projekt zu sabotieren. Der jüngste Versuch hatte die Verhaftung des gesetzlichen Fabrikvertreters Massimo Lettieri unter fadenscheinigen Gründen zur Folge. Ihm respektive der RiMaflow wird vorgeworfen Teil eines kriminellen Netzwerks für illegalen Abfallhandel zu sein. Ein wahrlich niederträchtiger Vorwurf, denn einerseits ist dieses Gesetz

stützung, unterzeichne den Solidaritätsaufruf (<https://rimaflow.it/index.php/2018/08/10/rimaflow-vivra-materiali-perla-campagna/>), spende Geld, damit Löhne und Kosten der Verfahren gedeckt werden können oder zeige dich sonstwie solidarisch.

smf

Bankverbindung RiMaflow

Empfänger: Ass. Occupy Maflow;
IBAN: IT93S0501801600000000158008
BIC: CCRTIT2T84A;
Bank: Banca Etica
Verwendungszweck: donazione/Spende)

160 Jahre „Libertär“

Zweiter Teil des Artikels aus *Anarcho-syndicalist Review ASR #71/2* über den Begriff „Libertär“ und dessen Verwendung. Der erste Teil erschien in *di schwarzi chatz #53*

Eigentum ist Diebstahl: über die „libertäre“ Heuchelei¹

Alle Anarchist_innen sind sozialistisch, aber nicht alle Sozialist_innen sind anarchistisch. 100 Jahre nachdem Déjacque den Begriff *libertär* geprägt hat, war es auch so, dass alle Anarchist_innen libertär, aber nicht alle Libertären anarchistisch waren. Dennoch waren sie bis dahin zumindest links aussen. Über die nächsten 60 Jahre änderte sich dies so, dass in den USA – und bis zu einem gewissen Grad auch in Grossbritannien – „libertarian“ nun genau das Gegenteil seiner ursprünglichen Bedeutung hatte. Murray Rothbard, ein Begründer der sogenannten „libertären“ Rechten, bringt Licht in den Prozess dieses Begriffswandels:

„Ein befriedigender Aspekt unseres Aufstiegs zu einiger Bekanntheit [in den späten 1950ern, anm. d. Autors] ist, dass ‚unserre Seite‘ erstmalig in meinem Leben ein wichtiges Wort unserer Feinde erobern konnte. (...) ‚Libertarians‘ (...) war lange einfach nur ein nettes Wort für linke [sic!] Anarchisten. Also für Anarchisten gegen Privatbesitz in kommunistischer oder anarchistischer Tradition. Aber jetzt haben wir es übernommen und es entspricht nun mehr der Etymologie; da wir Befürworter individueller Freiheit sind und damit auch des individuellen Rechts auf Eigentum“²

Erinnern wir uns, was dieser Befürworter des individuellen Rechts auf Eigentum über Namen und Labels zu sagen hat:

„Jedes Individuum einer freien Gesellschaft hat das Recht, im Besitz seiner Selbst zu sein und auch exklusiven Gebrauch seines Besitzes zu haben“. In seinem Eigentum ist sein Name, das linguistische Label, das



Alex Jones ist ein Verschwörungstheoretiker, welcher sich in den USA einiger Beliebtheit erfreut. Er nennt sich selbst „Libertarian“ und hetzt gegen ziemlich alle Minderheiten in bester „televangelistischer“ Manier.

einzigartig seines ist und ihn identifiziert. Ein Name ist essentieller Teil einer Identität und deshalb sein Besitz (...). Verteidigung von Person und Eigentum (...) beinhaltet die Verteidigung jedes einzelnen Namens oder der Marke einer Person gegen Fälschung und Hochstapelei.³

Das „bedeutet das Verbot“, den (Marken-)Namen anderer zu übernehmen und sich als diese auszugeben. Denn dies sei „ein Missbrauch des Eigentumsrechts“ am „einzigartigen Namen und Individualität“. Gleichsam wäre „der Gebrauch des Namens ‚Hershey‘ durch andere Schokoladenproduzenten gleich einem invasiven Akt des Betrugs“. Begründet wird dies damit, dass „ein Name ein eindeutig identifizierendes Label für eine Person (oder eine kooperativ handelnde Gruppe von Personen) und damit eine Eigenschaft einer Person und seiner Energie ist“ und somit „ein Attribut eines Arbeitsfaktors“ ist.⁴ Wenn jemand etwas „kauft oder erbt“, das gestohlen wurde, so gehe diese Sache zurück an die herstellende Person „oder ihre Nachkommen, ohne Kompensation an den momentanen Besitzer des ‚Titels‘ kriminellen Ursprungs. Wenn also ein Besitztitel kriminellen Ursprungs ist, und das Opfer oder seine Nachfahren gefunden werden

können, sollte der Titel sofort zurückgegeben werden“.⁵

Die Heuchelei Rothbards ist offensichtlich. Laut seinen eigenen Aussagen gibt Rothbard somit zu, dass er mit dem Namensklau einen „invasiven Akt des Betrugs“ gegen das „Recht auf Eigentum des Einzelnen“ begangen hat. Wenn er und seine Gefolgschaft tatsächlich Prinzipien hätten, welche über ihren Fetisch für Eigentum und ihr Dasein als Schreihäse für die ökonomisch Mächtigen hinausgehen würden, dann würden seine heutigen Jünger_innen aufhören, den Begriff *libertarian* zu verwenden und ihn den modernen Nachfolger_innen von Joseph Déjacque zurückgeben – also den „Anti-Privateigentums-Anarchisten der kommunistischen oder syndikalistischen Sorte“.

Es könnte eingeworfen werden, dass Anarchist_innen Rothbards Sicht auf Eigentum nicht teilen. Das stimmt, wir setzen uns für Rechte und weniger für Eigentumsrechte ein. Und wir gebrauchen den Begriff immer noch – in Amerika war zum Beispiel von 1954 bis 1965 die kommunistisch-anarchistische *Libertarian League* aktiv.⁶ Und doch sah Rothbard seine Vorurteile und Wünsche als „Naturgesetz“, also in unserer „Natur“ als Menschen. So müsste

1 Der Abschnitt „Libertarian or Anarchist?“ im Original wurde ausgelassen. Dieser behandelt eine kurze Geschichte des Begriffs nach der Begründung, welche für diese Serie nicht relevant ist.

2 The Betrayal of the American Right, 85

3 Man, Economy and State, 670-671

4 Man, Economy and State 671, 679

5 The Ethics of Liberty, 56

6 Sam Dolgoff, Fragments, 74, 89

wohl wie Erdanziehung sein „Naturgesetz“ auch auf jene wirken, welche nicht daran glauben. Ausser er sieht – wie jene, welche die Eingeborenen enteigneten – Sozialist_innen als Untermenschen. Aber auf der anderen Seite braucht sein „Naturgesetz“ - nicht wie die Gravitation – (staatliche) Söldner_innen zu dessen Durchsetzung. Wir wissen also wann und wieso der Begriff „libertarian“ durch die Rechte übernommen wurde: sie sahen, wie Linke den Begriff gebrauchten und entschlossen, ihn zu stehlen. Am Anfang dieses Wortklaus gab es in den USA noch einen politischen Diskurs, aber heute hat die rechte Aneignung den Ursprung des Wortes verdrängt – zum Beispiel gründete u.A. Sam Dolgoff 1986 die *Libertarian Labor Review*, aber schon 1999 musste das Blatt in *Anarcho-Syndicalist Review (ASR)* unbenannt werden, da Verkäufer_innen immer wieder auf die ursprüngliche linke und wahre Bedeutung des Begriffs hinweisen mussten! Wie gelang es ihnen, „libertarian“ ins genaue Gegenteil zu verkehren? Teilweise durch die finanzielle Unterstützung von grossen Unternehmen, welche ihre Position, Macht und Privilegien in der Gesellschaft sichern wollten; Wohlstand verzerrt das Ergebnis des „Marktplatzes der Ideen“ wie in allen kapitalistischen Märkten. Andererseits schafften sie es auch durch die unlibertärste aller Taktiken: Die Gründung einer politischen Partei – der Libertarian Party – welche sich um die Wahl in politische Ämter bemüht.

Wenn für Anarchist_innen Eigentum Diebstahl ist, dann ist für Rothbard Diebstahl anscheinend Eigentum. so wie er die Landenteignung der Indigenen als legitim erachtete, so machte er auch eine Ausnahme beim Begriffsklau von „libertarian“, nach dem er seine Ideologie benannt hatte. Wir sollten also nicht überrascht sein über die Heuchelei, denn sie widerspiegelt auch die wahre Geschichte des Kapitalismus – welche sich nicht mit Rothbards „So-ist-es-nun-mal-Stories“ seines idealisierten Kapitalismus decken, den es ausser in seiner fiebrigen Stirn nirgends gegeben hat.

Eigentum ist Despotismus

Wenn die „Libertarians“ ihre Ideologie ernst nehmen würden, dann würden sie aufhören, den Begriff zu gebrauchen. Eigentumsrechte sind nur für jene, welche

die Allmenden bzw. Gemeingüter gestohlen haben. Sie sind nicht für jene, welche sie auch tatsächlich benutzt hatten. In dem zeigen sie mehr die Realität denn das Ideal ihres verehrten Kapitalismus. Aber was ist mit Rothbards anderer Behauptung, dass „vom Gesichtspunkt der Etymologie“ er und seine Kolleg_innen berechtigt seien, den Begriff von seinen Schöpfer_innen und vorherigen Nutzer_innen zu stehlen?



Murray Rothbard war der Urheber des Wortdiebstahl und somit Erfinder der „Libertarians“

Sind die „libertarians“ wirklich libertär? Die kurze Antwort ist Nein. Um dies zu beweisen könnten wir auf die anarchistischen Denker_innen verweisen, welche schon lange festgestellt haben, dass autoritäre Beziehungen – die Hierarchien – auf Wohlstandsungleichheiten basieren. Das müssen wir jedoch nicht mal, da Rothbard selbst genug Beweise für die autoritäre Natur des Kapitalismus liefert.

Rothbard behauptet, der Staat „fordert für sich selbst das Gewaltmonopol, das Monopol auf Entscheidungsmacht über ein Territorium“. Doch vergraben in einer Endnote des Kapitels gibt er zu dass „offensichtlich, in einer freien Gesellschaft Smith die ultimative Entscheidungsmacht über sein Eigentum, Jones über seines, etc“ hat.⁷ Das ist die Macht von „Privateigentum“, denn es kann Schlechtes („ultimative Entschei-

dungsmacht“ über ein gegebenes Gebiet in etwas Gutes („ultimative Entscheidungsmacht“) verwandeln. Tatsächlich deutet Rothbard auf die identische soziale Beziehung hin, welche Anarchist_innen zwischen Staat und Eigentum aufzeigen:

„Wenn man dem Staat sein eigenes Territorium zuspricht, dann ist es rechtens, dass dieser Regeln aufstellt, welche für alle in diesem Territorium Lebenden gelten. Er kann legitimerweise Privateigentum beschlagnahmen oder kontrollieren, da es in seinem Gebiet kein Privateigentum gibt, da der Staat das ganze Land und den Boden besitzt. Solange der Staat seinen Subjekten erlaubt, sein Land zu verlassen, so kann gesagt werden, dass der Staat wie jeder andere Landbesitzer agiert, der Regeln auf seinem Land aufstellt“ (170).

Rothbard ist nicht gegen Autoritarismus an sich. Wenn der Staat in seinen Augen ein legitimer Landbesitzer oder Kapitalist

wäre, dann wäre seine autoritäre Natur für ihn vollkommen in Ordnung. Tatsächlich lesen wir erstaunt, dass dieser „Libertäre“ alle Freiheiten, welche wert sind diesen Namen zu tragen, eliminiert. Denn es gebe keine „Menschenrechte welche nicht auch Eigentumsrechte“ seien. Denn „eine Person hat kein ‚Recht auf freie Meinungsäusserung‘; was sie hat, ist das Recht eine Halle zu mieten und zu allen Menschen zu sprechen, welche das Gebiet betreten“. Sie „hat kein Recht zu sprechen, sondern nur eine Anfrage“, worüber der Besitzer des Geländes „entscheiden muss“. Bezüglich der Versammlungsfreiheit haben Eigentümer_innen „das Recht zu entscheiden, wel-

⁷ Ethics, 170,173

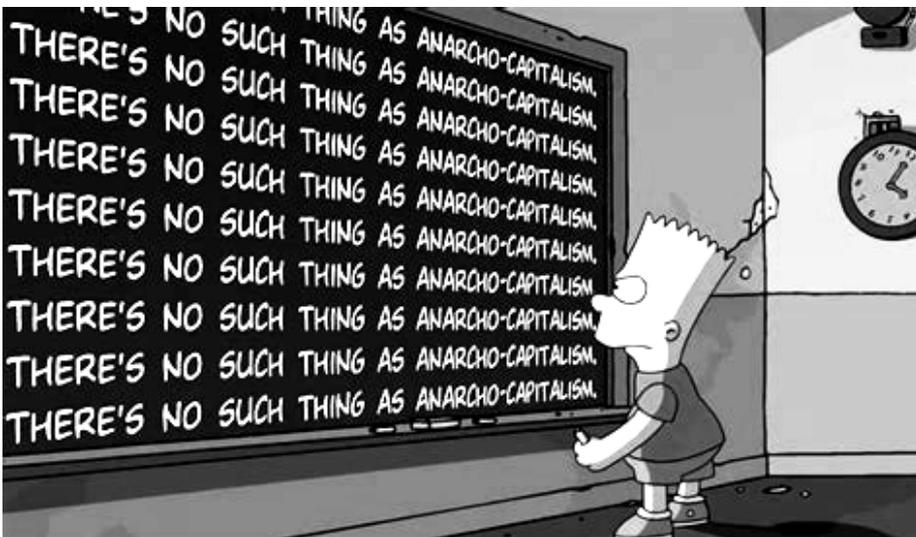
„Libertär“

(von Seite 7)

che Personen auf ihre Strasse dürfen“ und „haben das absolute Recht zu entscheiden, ob Streikende die Strasse benutzen dürfen. Arbeitgeber_innen können unverzüglich Leute feuern“ welche einer Gewerkschaft beitreten“. Zusammengefasst gibt es keine Rechte „welche über die Eigentumsrechte einer Person in einer Situation hinausgehen“. (113-6, 118, 132, 114). Die „Freiheit“ eines Bosses seine Angestellten zu zwingen, Anti-Gewerkschafts-Propaganda zu schauen oder alle zu entlassen, welche ihre Meinungs-, Versammlungs- oder Organisationsfreiheit gebrauchen ist kaum Freiheit: Es ist Macht, Autorität, Archie. Ironischerweise zeigt dies Rothbard selbst auf wenn er ein hypothetisches Beispiel

(54)

Während Rothbard diese „durchtriebene List“ ablehnt, entgeht ihm, dass sein eigenes Beispiel seine Behauptung Lüge straft, dass der Kapitalismus das einzige auf Freiheit basierende System sei. Wie er selbst argumentiert, haben Eigentümer_innen nicht nur das gleiche Machtmonopol über ein Gebiet wie der Staat, es ist nämlich sogar despotischer, da es auf dem „absoluten Recht auf Privateigentum“ basiert. Er sagt sogar, dass der Staat sein Gebiet theoretisch besitzt, „macht den Staat, wie auch den König im Mittelalter, zu einem feudalen Lehnsherrn, welchem zumindest theoretisch alles Land in seiner Domäne gehört“ (171). Er merkt jedoch nicht, dass dies im sogenannten „libertarian“ Regime alle Kapitalist_innen und Grundherr_innen



verwendet: Der König eines Landes, bedroht durch eine Bewegung der „Libertarians“ antwortet auf diese durch „die Anwendung einer durchtriebenen List“. Er „erklärt seine Regierung für aufgelöst, doch bevor er dies tut, verteilt er das gesamte Land seines Königreichs in seinen eigenen und seiner Angehörigen ‚Besitz‘“. Statt Steuern zahlen die Menschen nun Miete und der König „reguliert die Leben all seiner Untergebenen, welche auf seinem Land leben“ nach seinem Willen. Rothbard gibt zu, dass die Leute nun „unter einem Regime leben würden, welches nicht weniger despotisch wäre, als jenes, das sie so lange bekämpft hatten. Vielleicht wäre es tatsächlich noch despotischer, da nun der König und seine Verwandten für sich selbst das libertäre Prinzip des absoluten Rechts über Privateigentum behaupten könnten. Eine Absolutheit, welche sie sich vorher wohl nicht getraut hätten zu behaupten“.

auch zu feudalen Lehnsherren macht.

Kurz gesagt: Rothbard gelangt dazu, extrem autoritäre Beziehungen und Organisationen zu legitimieren. Mehr noch gibt er zu, dass seine Organisationen und Beziehungen identisch mit den vom Staat geschaffenen sind. Dies wird „libertarian“ genannt, weil durch Eigentum produzierte Hierarchien „freiwillig“ seien und die Leute ihren „Konsens“ zu diesen Autoritäten geben würden. Niemand zwingt einen dazu, für spezifische Arbeitgeber_innen zu arbeiten und alle hätten die gleiche Chance – wie unwahrscheinlich es auch ist – selbst Chef_in oder Grundherr_in zu werden. So wie in einem demokratischen Staat niemand dich zwingt, in diesem Staat zu bleiben und alle die Chance – wie unwahrscheinlich es auch sein mag – Präsident_in oder Politiker_in zu werden. Dass manche (politische oder ökonomische) Machthaber_innen werden können, stellt sich nicht

dem Grundsatzproblem: Sind die Leute frei oder nicht? Es ist eine seltsame Ideologie, welche sich freiheitsliebend gibt und doch Fabrikfeudalismus und eine Oligarchie am Arbeitsplatz begrüsst und trotzdem die identischen Untergebenen-Beziehungen eines Staates ablehnt.

Der Kontext in dem Menschen ihre Entscheidungen treffen ist wichtig. Anarchist_innen haben lange argumentiert, dass eine Klasse bzw. die Arbeiter_innen wenig Chance haben, nicht mit der kapitalistischen Oligarchie „einverstanden“ zu sein. Die Alternative wäre entweder der Hungertod oder schreckliche Armut. Rothbard verwirft dies, indem er solche ökonomische Macht verleugnet (221-2). Er ist einfach zu widerlegen – indem man ihn selbst zitiert. Zum Beispiel mit seinen Kommentaren über die Abschaffung von Sklaverei und Leibeigenschaft im 19. Jahrhundert:

Die *Körper* der Unterdrückten wurden befreit. Aber das Eigentum, das sie selbst erarbeitet und verdient hatten, blieb in den Händen ihrer ehemaligen Unterdrücker. Mit der ökonomischen Macht immer noch in ihren Händen, fanden sich die ehemaligen Meister schon bald wieder als Quasi-Meister über die nun freien Bewohner und Landarbeiter. Die Bediensteten und Sklaven hatten zwar Freiheit gerochen, aber wurden grausam von ihren Früchten verdrängt“. (74)

Wenn also die „Kräfte des Marktes“ („freiwilliger Tausch“) in die Konzentration von Eigentum führen, ist dies unproblematisch und stellt die Frage nach (Mangel an) Freiheit für die Arbeiter_innenklasse nicht. Wenn aber Menschen in der gleichen Situation sind, aber nun durch offenen Zwang, dann ist es ein Fall von „ökonomischer Macht“ und „Meistern“!

So viel zu „jeder [würde] absolute Freiheit geniessen“ und dass Rechte „zu jemandes Freiheit und Eigentum universal sein müssen“ (41, 123). Dass es Rothbard gelingt, sich in seinem eigenen Buch zu widerlegen, ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Macht einer Ideologie ihre eigenen Anhänger_innen blendet.

Iain McKay

Übersetzung: FAT

zuerst auf englisch erschienen in
Anarchosyndicalist Review ASR #71/2

